

**Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
K-Drs. 170**



**Deutsche
Umweltstiftung**

An die Mitglieder der
**Kommission Lagerung
hoch radioaktiver Abfallstoffe**

Greifswalder Straße 4
10405 Berlin
Tel. 030 202384-280
Fax 030 202384-289
kontakt@deutscheumweltstiftung.de
www.deutscheumweltstiftung.de

1. Februar 2016

Bankverbindung:
IBAN DE66 5003 1000 1111 1110 10
BIC TRODDEF1
Triodos Bank, Frankfurt

Spendenkonto:
IBAN DE19 8309 4495 0003 2020 20
BIC GENODEF1ETK
Ethikbank

Vorstand:
Jörg Sommer (Vorsitzender)
Hans Leo Bader
Pierre L. Ibisch
Hermann E. Ott
Ute Vogt

Kuratorium:
Joana Emetz
Lothar Frenz
Richard Focken

Senat:
Harry Assenmacher
Maik Butzbach
Dr. Manfred Heil
Harald Korsten
Heiko Kretschmer
Bodo Wilkens

Beirat:
Karl-Heinz Florenz (MdB)
Dr. Heiner Geißler
Prof. Dr. Hartmut Graßl
Prof. Dr. Michael von Hauff
Prof. Dr. Ulrich Holzbaier
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Wolfram Koch
Bernd Lange (MdB)
Prof. Dr. Mojib Latif
Prof. Dr. Elisabeth Leicht-Eckardt
Prof. Dr. Reinhold Leinfelder
Reinhold Messner
Prof. Dr. Gerd Michelsen
Dr. Matthias Miersch (MdB)
Prof. Dr. Kai Niebert
Prof. Dr. Holger Rogall
u.a.

Umgang mit Angaben zur Zeitstruktur im Standortsuchverfahren

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Nachgang zu der verständlicherweise sehr emotional geführten Diskussion über die Kommunikation von Jahreszahlen im Standortsuchverfahren möchte ich noch einmal einen Versuch unternehmen, die teilweise weit auseinanderliegenden Interessen und Erwartungen innerhalb der Kommission zusammenzuführen.

Denn wie wir mit diesem Konflikt umgehen und welche zeitlichen Abschätzungen der diversen Etappen wir im Abschlussbericht formulieren ist ganz entscheidend für dessen Überzeugungskraft.

Der Umgang damit wird einen unmittelbaren Einfluss auf die Glaubwürdigkeit auch der anderen Berichtsteile, insbesondere der Kriterien und der Bürgerbeteiligungsangebote haben.

Operieren wir hier mit völlig unglaubwürdigen Zahlen werden Kritiker zu recht hinterfragen, wie glaubwürdig in diesem Fall die anderen Berichtsteile sein dürften.

Ich habe größtes Verständnis insbesondere für die Situation der Ländervertreter in der Kommission, die ihre Verantwortung für eine baldige Entlastung der von Zwischenlagerung betroffenen Standorte in einem komplexen Umfeld engagiert wahrnehmen. Auf die Situation der Zwischenlagergemeinden wird die Kommission in ihrem Abschlussbericht überzeugende Antworten finden müssen.

/2



Deutsche Umweltstiftung

Greifswalder Straße 4
10405 Berlin

Tel. 030 202384-280
Fax 030 202384-289

kontakt@deutscheumweltstiftung.de
www.deutscheumweltstiftung.de

Bankverbindung:
IBAN DE66 5003 1000 1111 1110 10
BIC TRODDEF1
Triodos Bank, Frankfurt

Spendenkonto:
IBAN DE19 8309 4495 0003 2020 20
BIC GENODEF1ETK
Ethikbank

Vorstand:
Jörg Sommer (Vorsitzender)
Hans Leo Bader
Pierre L. Ibisch
Hermann E. Ott
Ute Vogt

Kuratorium:
Joana Emetz
Lothar Frenz
Richard Focken

Senat:
Harry Assenmacher
Maik Butzbach
Dr. Manfred Heil
Harald Korsten
Heiko Kretschmer
Bodo Wilkens

Beirat:
Karl-Heinz Florenz (MdEP)
Dr. Heiner Geißler
Prof. Dr. Hartmut Graßl
Prof. Dr. Michael von Hauff
Prof. Dr. Ulrich Holzbaur
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Wolfram Koch
Bernd Lange (MdEP)
Prof. Dr. Mojib Latif
Prof. Dr. Elisabeth Leicht-Eckardt
Prof. Dr. Reinhold Leinfelder
Reinhold Messner
Prof. Dr. Gerd Michelsen
Dr. Matthias Miersch (MdB)
Prof. Dr. Kai Niebert
Prof. Dr. Holger Rogall
u.a.

Dies darf uns jedoch nicht dazu verleiten, mit unrealistischen Zahlen zu operieren. Auch wenn wir diese euphemistisch „ambitioniert“ nennen, werden sie außerhalb der Kommission schlicht als unseriös wahrgenommen.

Wenn der als Gast anwesende Vertreter einer Standortgemeinde im Rahmen der vergangenen Kommissionssitzung sagte: „Alle wissen Bescheid, nur die Endlagerkommission nicht.“, dann sollte uns dies nachdenklich stimmen. Entsteht dieser Eindruck bei der Lektüre des Abschlussberichtes, wird er weder auf Akzeptanz in Fachkreisen noch in den möglicherweise betroffenen Regionen stoßen.

Wie also können wir dieses Dilemma lösen?

Möglicherweise, indem wir uns nicht auf die Angabe konkreter, kaum sicher berechenbarer Jahreszahlen einlassen, sondern mehrere Szenarien darstellen und dabei gut und nachvollziehbar begründen, warum wir für das jeweilige Szenario einen bestimmten Zeitrahmen ansetzen – und welche Auswirkungen bestimmte Entwicklungen (z.B. technische Komplikationen bei Erkundungen, technisch, administrativ oder partizipativ ausgelöste Nachprüfvorgänge, Verzögerungen in der politischen Entscheidungsfindung) auf den Zeitrahmen haben könnten. Dabei darf und soll durchaus auch ein optimistisches Szenario gemäß Verfahrensvorschlag der Kommission enthalten sein.

Die beiden stimmberechtigten Kommissionsmitglieder Prof. Kudla und Prof. Thomauske haben in der vergangenen Kommissionssitzung eindringlich vor unrealistischen Zahlenangaben gewarnt und erklärt, sie würden diese nicht mittragen können. Ich schlage vor, beide Herren darum zu bitten, der Kommission einen szenariobasierten Vorschlag für den Abschlussbericht zu unterbreiten, den wir dann selbstverständlich im Plenum noch einmal ausgiebig diskutieren werden.

Mit freundlichem Gruß

Jörg Sommer
Vorstandsvorsitzender